



# **Globalisierung ja – aber anders!**

Positionspapier der Evangelischen Jugend in Bayern

# Übersicht

## Zusammenfassung

### Aufbau des Positionspapiers

#### A) Sehen: Globalisierung und ihre Auswirkungen

1. Kinder und Jugendliche als Teil der Globalisierung
2. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer
3. Das Armutsrisiko in Deutschland wächst
4. Die Verbindungen in der Gesellschaft werden schwächer
5. Frauen als Globalisierungsverliererinnen
6. Die Welt wird schneller
7. Die ökologische Lage der Welt hat sich verschlechtert
8. Die Demokratie wird ausgehöhlt
9. Kriegsgefahr und Terrorismus nehmen zu

#### B) Urteilen

1. **Prinzipien des Urteilens**
  - a) Liebe zu Gott und den Menschen
  - b) Option für die Armen
  - c) Gerechtigkeit
  - d) Solidarität und Subsidiarität
  - e) Nachhaltigkeit
  - f) Demokratie
2. **Urteilen: Die gegenwärtige neoliberale Globalisierung ist ungerecht**
  - a) Die Ideologie der neoliberalen Globalisierung
  - b) Kurze Geschichte des Neoliberalismus
  - c) Die Fehler des Projekts Neoliberalismus
3. **Christsein und Globalisierung**

#### C) Handeln: Fünf Aufgaben für eine andere Globalisierung

0. Vision für eine andere Globalisierung
  1. Die Grundrechte erweitern
  2. Ein internationales Finanzsystem schaffen, das allen nützt
  3. Den Konzernen Macht nehmen und sie den Menschen geben
  4. Den Welthandel zu einem fairen Austausch von Gütern machen
  5. Eine neue Welt träumen

# Globalisierung ja – aber anders!

Positionspapier der Evangelischen Jugend in Bayern

## Zusammenfassung

Aufgrund ihres christlichen Glaubens befasst sich die Evangelische Jugend in Bayern mit den Fragen, die mit der globalen Integration angestoßen werden. In ihrem Positionspapier kritisiert die Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern die gegenwärtige Form der wirtschaftlichen Globalisierung. Diese widerspricht grundsätzlichen Einsichten, wie Christinnen und Christen handeln. Deshalb nimmt die Landesjugendkammer Stellung. Die neoliberale Globalisierung führt dazu, dass Bevölkerungsmehrheiten, besonders in den Ländern der Dritten Welt, aber auch in Deutschland und anderen Industriestaaten, stark benachteiligt werden. Arme werden ärmer und Reiche immer reicher.

Stattdessen fordert die Landesjugendkammer eine andere Globalisierung. Diese soll nicht wie bisher dem Prinzip „Eigennutz“ folgen, sondern sich nach Solidarität und Gerechtigkeit richten. Globalisierung als die verstärkte Kommunikation zwischen Menschen auf der ganzen Welt muss auch allen Menschen nützen.

## *Aufbau des Positionspapiers*

Das Papier folgt dem Analysemodell: Sehen – Urteilen – Handeln.

Unter **A.) Sehen** werden die wichtigen Beobachtungen zur Lage der Welt zusammengetragen.

Unter **B.) Urteilen** nennen wir zunächst die Prinzipien unseres Urteilens, dann folgt die Analyse der gegenwärtigen Situation und Entwicklung. Im dritten Schritt **C.) Handeln** stellen wir schließlich Forderungen auf, wie eine andere Globalisierung erreicht werden kann.

## **A) Sehen: Globalisierung<sup>1</sup> und ihre Auswirkungen**

### **1. Kinder und Jugendliche als Teil der Globalisierung**

Wir als Kinder und Jugendliche in Bayern sind Teil einer enger werdenden Welt. Die Globalisierung ermöglicht einen weltweiten Austausch von Gütern und Kultur, von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und von Informationen. Dies hat konkrete Auswirkungen auf unseren Alltag. Mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten verbindet sich die Chance, global zusammenzuarbeiten, und erhöht damit unsere individuelle Freiheit.

Einerseits treiben wir die wirtschaftliche Globalisierung an, wenn wir zum Beispiel billige modische Kleidung kaufen, die von Arbeiterinnen in Entwicklungsländern für noch weniger Geld produziert wurde. Andererseits leiden wir aber auch unter den Auswirkungen der Globalisierung. Zu erkennen ist dies etwa an den Auswirkungen der gegenwärtigen Sozialreformen, von denen auch Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Als Antwort auf den internationalen Wettbewerb konzentriert sich als weiteres Beispiel unser Bildungssystem einseitig auf wirtschaftlich verwertbares Wissen. Die Bildung zu einer mündigen Persönlichkeit steht dabei nicht mehr im Vordergrund. Deutliches Beispiel dafür ist die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre.

Die Evangelische Jugend in Bayern ist sich bewusst, dass wir als Kinder und Jugendliche Gewinnerinnen und Gewinner und immer häufiger Verliererinnen und Verlierer sind. Gerade deswegen ist es wichtig, die Globalisierung bewusst mitzugestalten.

In der noch unveröffentlichten Abschluss-Botschaft des Jugendforums des Lutherischen Weltbundes 2003 heißt es:

„In vielen Dingen sind wir nicht anders als die meisten Jugendlichen unseres Alters. Wir suchen auch Glück, Spaß und Erfüllung in dem, was wir in der Werbung sehen. Wir werden ebenso durch die Verlockungen von Geld und Besitz verführt. Wir sind auch versucht zu glauben, dass das Leben besser ist, wenn wir einen gut bezahlten Job, teure Kleider und möglichst viel Technologie haben, wie zum Beispiel Computer und Handys. Wie die anderen wollen wir auch Coca Cola trinken, bei McDonalds essen und Nike-Schuhe haben. Wir finden uns genauso in einem globalen Arbeitsmarkt wieder, in dem es darum geht, im Wettbewerb wie auch immer zu überleben. Trotzdem müssen wir als junge Leiter der Kirche öffentlich feststellen, dass wir sehr betroffen sind über Individualisierung, ... über kulturelle Homogenität und über den offensichtlichen Götzendienst an bzw. die Anbetung der materiellen Güter (Mammon). ... Wir erkennen einen globalen Trend, bei dem die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Wir nennen das die ökonomische Globalisierung.“

## 2. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer

Das Elend in vielen Teilen der Welt ist bedrückend. Die Not schreit zum Himmel.

Der Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen 2001 nennt folgende Zahlen für verschiedene Arten von Armut: „Von 4,6 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern

- erhalten 826 Millionen nicht genügend Nahrung für ein normales, gesundes und aktives Leben;
- sind mehr als 850 Millionen Analphabeten;
- hat fast eine Milliarde keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser;
- haben 2,4 Milliarden keine sanitäre Grundversorgung;
- gehen fast 325 Millionen Kinder nicht in die Schule;
- sterben 11 Millionen Kinder unter 5 Jahren jährlich an vermeidbaren Ursachen;
- leben 1,2 Milliarden von weniger als 1 US-Dollar pro Tag.“<sup>2</sup>
- Außerdem müssen auf der Welt über 210 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 arbeiten. Das ist fast jedes fünfte Kind dieser Altersgruppe.<sup>3</sup>

Trotz der Anstrengungen in den vergangenen 30 Jahren wurde die Ungleichheit zwischen Menschen nicht vermindert, sondern verstärkt. Und dieser Prozess stellt sich für die beiden Geschlechter noch verschärfend dar: Mädchen und Frauen sind gegenüber Jungen und Männern meist doppelt benachteiligt.

Laut dem Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen hatten 1970 die reichsten 10 % der Weltbevölkerung 19-mal soviel Kaufkraft wie die ärmsten 10 %. 1997 betrug der Unterschied schon 27:1. Untersucht man die Veränderung nach dem Wert in US-Dollar stellt sich das Ungleichgewicht noch dramatischer dar: 1970: 51:1; 1997: 128:1.<sup>4</sup>

Die weltweite Ungleichheit lässt sich zudem an den folgenden Zahlen illustrieren (die letzten uns vorliegenden sind auf der Basis von 1993):<sup>5</sup>

Die ärmsten 10 % der Weltbevölkerung hatten lediglich 1,6 % des Einkommens der reichsten 10 %.

Die reichsten 1 % der Menschen verdienen genauso viel wie die ärmsten 57 % der Weltbevölkerung. Etwa 25 % der Menschen erhielten 75 % des weltweit erwirtschafteten Einkommens.

Die Unterschiede nehmen nicht nur international zu. Auch die innerstaatliche Ungleichheit wurde in den letzten Jahren deutlich stärker.

Dies gilt übrigens nicht nur für Entwicklungsländer. Auch in den reichsten Ländern der Erde hat in den vergangenen Jahren die Ungleichheit zugenommen.<sup>6</sup>

Bundespräsident Johannes Rau führt in seiner Berliner Rede vom 14. Mai 2002 ein Beispiel aus der führenden Industrienation an: In den USA verdiente 1970 ein Manager im Durchschnitt 26-mal so viel wie ein Industriearbeiter. 1999 war es 475-mal so viel.

### 3. Das Armutsrisiko in Deutschland wächst

Der Befund in der Bundesrepublik Deutschland ist zwar noch nicht so frappierend wie in vielen anderen Teilen der Welt, aber auch bei uns gibt es eine wachsende Ungleichheit. Das Armutsrisiko steigt stetig.

In den vergangenen zwanzig Jahren stieg die Anzahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (in den alten Ländern) um durchschnittlich 12 %<sup>7</sup>.

Dabei trifft es Kinder besonders. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt 2001 fest: „Unter den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren Kinder unter 18 Jahren mit rd. 1,1 Millionen die größte Gruppe. Die Sozialhilfequote von Kindern unter 18 Jahren war mit 6,8 % fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt und hat sich seit 1982 im früheren Bundesgebiet mehr als verdreifacht.“<sup>8</sup> Diese Situation wird sicher noch verschärft durch die Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die in der so genannten Agenda 2010 der Bundesregierung geplant sind. Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Superreichen zu. Der German Wealth Report der Unternehmensberater Cap Gemini Ernst & Young bietet dafür Zahlen. Danach konzentrieren sich 25,7 % des gesamten deutschen Privatvermögens auf lediglich 365 000 oder 0,5 % aller Personen in Deutschland. Darunter verfügen allein 3700 Personen über 7,9 % allen Privatvermögens. Die Zahl dieser Euro-Millionäre hat sich zwischen 1993 und 1996 um durchschnittlich 5,3 % pro Jahr erhöht.<sup>9</sup>

### 4. Die Verbindungen in der Gesellschaft werden schwächer

„Die Gesellschaft löst sich auf“ – so das Resümee eines Beitrags zu den Ursachen von Gewaltakzeptanz und Rechtsextremismus vor einiger Zeit. Traditionelle Milieus, familiäre Zusammenhalte, soziale und politische Organisationen, die Kindern und Jugendlichen wichtige Identitätsangebote machen, Orientierung geben, sie in Krisen auffangen können, lösen sich auf. Die Ursachen: soziale und geographische Mobilität, zeitliche Flexibilität, zunehmender Arbeitsdruck bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzverlust-Ängsten.

„Ich kenne keine Gesellschaft“ lautete das Glaubensbekenntnis vom Margaret Thatcher, die ab 1979 in Großbritannien eine neue Wirtschaftskonzeption einleitete. Sie sprach damit einen Satz aus, der sich selbst erfüllen sollte.

Bundespräsident Johannes Rau sagte in seiner Berliner Rede vom 14. Mai 2002:

„Die Menschen stellen fest: Die immer wieder geforderte permanente Mobilität hat konkrete Auswirkungen für die Familien, für den Freundeskreis oder den Verein. Wenn beide Ehepartner berufstätig sind und beide flexibel und mobil sein sollen, dann stehen sie vor der Frage, ob einer von ihnen den Beruf aufgeben muss oder ob die Wochenend-Ehe zum Normalfall werden soll. Unser Grundgesetz schützt Ehe und Familie besonders. Dennoch scheitern Pläne und Beziehungen an Rahmenbedingungen, die besonders Müttern immer wieder ein schlechtes Gewissen machen, weil sie keine gute Betreuung für ihre Kinder finden.“

Menschen sind nicht so mobil und nicht so bindungslos wie Kapital und sie werden und sie wollen es auch nie sein. Wir brauchen Heimat und Bodenhaftung. Wir brauchen familiäre Bindungen, Freunde, Bekannte, ein starkes soziales Netz. Menschen brauchen Wärme, und sie brauchen Geborgenheit. Wer das für altmodisch hält, der täuscht sich.“

Entsolidarisierung hat viele Gesichter. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme macht Gesundheit, Pflege, Rente zur Ware, verschärft die Ungleichheit zwischen den Menschen. Wer viel hat, bekommt mehr. Solche Werte werden „gelebt“ und übertragen sich in alle Lebensbereiche.

### **5. Frauen als Globalisierungsverliererinnen**

Die weltweiten ökonomischen Umstrukturierungen der Arbeitsverhältnisse und der Abbau der sozialen Sicherungssysteme werden vor allem auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Sie sind Opfer des Lohndumpings bei Verlagerung von Produktionsstätten in „billigere“ Länder, beim Abbau von Arbeitsstandards und bei Migrationsbewegungen von Ost nach West und dem damit verbundenen Abgleiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Illegalität und Ausbeutung. Aus der Stellungnahme der Frauengleichstellungsstelle an die Synode zur wirtschaftlichen Globalisierung:

„In den neunziger Jahren, vor allem in der zweiten Hälfte, ist die Zahl der Armen erneut angestiegen. 70 % davon sind weiblich. Andererseits wird ein wachsender Reichtum und Wohlstand produziert, der sich in einer nie gekannten Warenfülle auf den Konsummärkten auch in entlegenen Winkeln der Erde darstellt. Die Globalisierung integriert eine wachsende Zahl von Frauen in die Erwerbsarbeit, aber mehrheitlich in marginale Positionen. Sie haben ein Einkommen, aber kein Auskommen. Weil sie trotz Beschäftigung keine Existenzsicherung erwirtschaften, gehören viele Frauen zur neuen Klasse der ‚working poor‘.“

Die Frauenbeschäftigung ist also weltweit stärker gewachsen als die von Männern. Dies führt auch zu einer Veränderung des Geschlechterverhältnisses, ändert aber nichts daran, dass Frauen die Hauptverantwortung für die unbezahlte Haus- und Familienarbeit tragen.

### **6. Die Welt wird schneller**

Die Beseitigung von Handelshemmnissen ist verbunden mit einer technischen Revolution. Das Internet macht die Kommunikation schneller und kostengünstiger. Viele Produkte werden immer kleiner und können leichter transportiert werden.

- Baupläne können am Feierabend in ein Land geschickt und dort weiter bearbeitet werden, wo gerade der Morgen beginnt.
- Reisekosten deutscher Angestellter werden im Niedriglohnland Indien bearbeitet, wofür jede Fahrkarte, jede Quittung digital dorthin geschickt wird.

Unterstützt durch die weltweite Durchsetzung der englischen Sprache wachsen einst klar getrennte Kontinente mit je eigenen, durch Geschichte und Kultur gewachsenen, Wirtschaftskonzeptionen zu einem einzigen Wirtschaftsraum zusammen. In diesem hat ein unregelmäßiges, auf Effizienz getrimmtes – amerikanisches – System kurzfristig klare Vorteile gegenüber geregelten Systemen, die durch ihre Gesetze die Akteure zur Rücksicht auf soziale, kulturelle und ökologische Belange zwingen. Solche Rücksicht wirkte in der Vergangenheit verlangsamernd und erleichterte die Anpassung an Neuerungen.

Wir sehen, dass in unserem Zeitalter der kaum gebremsten Beschleunigung die Halbwertszeiten des relevanten Wissens rapide sinken. Damit geht eine Entwertung von in langen Jahren erworbenen Qualifikationen einher. Immer Jüngere gelten für das Erwerbsleben als „zu alt“. Die Lebensdauer der Produkte verringert sich und verschärft die ökologischen Probleme. Sie bewirkt eine weitere Spaltung der Gesellschaft: Konsumenten der neuesten und modernsten Güter und solche, die diesem Konsum nur zusehen können.

### **7. Die ökologische Lage der Welt hat sich verschlechtert**

1992 trafen sich in Rio de Janeiro Staats- und Regierungschefs, um gemeinsam Ziele für die Entwicklung der Welt festzulegen. Die Vision einer „nachhaltigen Entwicklung“ sollte auf alle Politikbereiche angewandt werden. Die Ergebnisse sind bisher ernüchternd. In wenigen, der in Rio diskutierten Bereichen, wurden Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: Die Lage der Welt hat sich verschlechtert. Und das ist auch eine Folge der ökonomischen Verhältnisse: Die Verschwendung in den reichen Ländern gefährdet ebenso die Schöpfung und Umwelt, wie der reine Existenzkampf der Menschen in den armen Ländern kaum die natürlichen Ressourcen schont. Hier einige Beispiele:

Der Erderwärmung nimmt zu. Seit 1979 haben sich die unteren acht Kilometer der Erdatmosphäre um 0,1 % pro Jahrzehnt erwärmt. Selbst das US-amerikanische National Research Council geht davon aus, dass sich die Erde in diesem Jahrhundert zwischen 1,4 bis zu 5,8 Grad Celsius erwärmen wird.<sup>10</sup> Der Meeresspiegel steigt weiter an und die Intensität von Stürmen nimmt zu.

In den letzten 25 Jahren hat sich die weltweite Artenvielfalt weiter verringert. Schätzungen gehen davon aus, dass ein Viertel der Tier- und Pflanzenarten ausgestorben ist. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen.

Es gibt immer weniger Wälder auf der Erde. Jedes Jahr wird tropischer Regenwald von der Größe Großbritanniens zerstört. Die Gründe reichen von Holzgewinnung bis zur Suche nach neuem Lebensraum für Menschen.

Für die Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft sind der Hitzesommer des Jahres 2003 – er kostete in Europa mehr als 20.000 Menschen das Leben und verursachte einen volkswirtschaftlichen Schaden von 13 Milliarden US-Dollar – ebenso wie andere Wetterextreme ein Vorgeschmack auf die Zukunft. Flächenbrände, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu. Weltweit kamen über 50.000 Menschen bei Naturkatastrophen ums Leben, fast fünfmal soviel wie 2002. Die volkswirtschaftlichen Schäden durch Naturkatastrophen erhöhten sich auf über 60 Milliarden US-Dollar (2002: 55 Milliarden US-Dollar). Unübersehbar sind die Indizien für einen Klimawandel, der neuartige Wetterrisiken und steigende Schadenspotentiale absehbar macht.<sup>11</sup> Schneller und härter als der Klimawandel wird die Menschen in aller Welt die Verschlechterung der Böden treffen, so das Internet-Magazin für Geo- und Naturwissenschaften. Bereits jetzt sind 15 % aller Böden weltweit geschädigt. 98 % aller Lebensmittel werden mit Hilfe landwirtschaftlich genutzten Bodens erzeugt.<sup>12</sup>

Süßwasser wird knapp. Jeder fünfte Mensch kann seinen täglichen Wasserbedarf nicht decken. 6.000 Menschen sterben täglich an den Folgen verunreinigten Trinkwassers.<sup>13</sup> Wasserverschwendung und Wasserknappheit sind zwei Seiten einer Medaille. Für die Zukunft werden vermehrt Kriege um Wasser erwartet.

## 8. Der Demokratiebegriff wird ausgehöhlt

Für den einstigen Chef der Bundesbank, Hans Tietmeyer, sind die Finanzmärkte die „5. Gewalt“, die die (demokratisch gewählten) Regierungen zu kontrollieren haben. Damit entsteht ein falscher Demokratiebegriff, der den Finanzmärkten mehr Macht zuweist und dem Agieren der multinationalen Konzerne einen demokratischen Anschein gibt.

Der Demokratie-Begriff des Grundgesetzes kennt nur drei Gewalten und Grundsätze, wie den der Kontrolle und der Begrenzung von Macht. Eigentum soll nicht den Staat kontrollieren, sondern „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Art 14 Abs. II GG). Nur unter dieser Voraussetzung gilt: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ (Art. 20 I GG).<sup>14</sup>

Massive Eingriffe in die staatlichen Verfassungen werden heimlich und ohne öffentliche Diskussion vorbereitet. So wurde mit dem – Dank dem großen Bürgerengagement in Frankreich gescheiterten – „MAI-Abkommen“ (Multilaterales Abkommen über Investitionen) versucht, transnationalen Konzernen einen Schadensersatzanspruch etwa bei Streiks, neuen Umweltgesetzen und Naturkatastrophen

gegenüber den Staaten zuzuschreiben. So wurde mit dem, im Geheimen ausgehandelten und seit 1995 gültigen GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) verabredet, Zug um Zug alle Dienstleistungen (Frisch- und Abwasser, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Universitäten, sonstige Bildung, Transport usw. usf.) zu liberalisieren, also letztendlich in private Hände zu übertragen die ihre Leistungen nur zahlungskräftigen „Kunden“ anbieten würden.

## 9. Kriegsgefahr und Terrorismus nehmen zu

Terrormeldungen aus allen Teilen der Welt gehören inzwischen zu unserem medialen Alltag. Der Ausschluss eines großen Teiles der Weltbevölkerung vom Wohlstand erzeugt eine Unzufriedenheit, die es religiösen und anderen Fundamentalisten ermöglicht, ein weltweites Netzwerk von Sympathisanten und Unterstützern aufzubauen.

Um Einflussphären und Wirtschaftsinteressen zu wahren, sind auch die westlichen Regierungen immer schneller bereit, mit kriegerischen Mitteln wie in Afghanistan oder Irak ihre Macht zu zeigen. Hierbei geht es um die Sicherstellung des Zugangs zu den wesentlichen Quellen des Reichtums der Erde, um Rohstoffe und Standorte.

Für die Rechtfertigung dieser Kriege werden immer fadenscheinigere und durchschaubarere Motive herangezogen.

„Armut und die nationalen und globalen Asymmetrien der Wohlstandsverteilung sind der Nährboden des heutigen Terrorismus“ – eine Erkenntnis, die bis zum Außenminister der USA, Colin Powell, Zustimmung findet. Zugleich wird mit schier religiös anmutender Heilsgewissheit darauf vertraut, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ alles zum „Guten“ wendet.

Kriegsherren nehmen wenig Rücksicht auf ethische Kriterien wie Wahrheit. Die behaupteten Massenvernichtungswaffen des – unzweifelhaft – brutalen Diktators Saddam Hussein waren – offenbar – nicht mehr als Behauptungen und Kriegsrechtfertigungen. Das erste Opfer jedes Krieges ist die Wahrheit. „Es begann mit einer Lüge. Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg“, lautete die ARD-Spät-Sendung vom 08.02.2001. Kern des Beitrags: Vor allem das Verteidigungsministerium und das Außenministerium machten sich daran, Kriegsgründe zu erfinden.

## B) Urteilen

### 1. Prinzipien des Urteilens

Die Probleme, die durch die wirtschaftliche Globalisierung entstehen, fordern uns heraus. Bevor wir aber unsere Ideen formulieren und Forderungen aufstellen können, müssen wir klären, nach welchen Prinzipien wir urteilen. Wir stützen uns bei der Formulierung besonders auf das „Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage“ von 1997.

#### a) Liebe zu Gott und den Menschen

Es ist die Erfahrung der Menschen in der Bibel, dass Gott sie nicht alleine lässt und hilft. Er rettet das Volk Israel aus der Gefangenschaft in Ägypten (2. Mose 1-15) und wendet sich mit den Propheten den Ärmsten der Gesellschaft zu (zum Beispiel Amos 5). Mit Jesus Christus wendet sich Gott der ganzen Menschheit zu. Wegen Jesu Tod und Auferstehung hoffen wir, dass der Tod endgültig überwunden ist und die Feindschaft zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Gott aufhört. Die Konsequenz aus Gottes Zuwendung zu uns wird von Jesus mit dem Doppelgebot der Liebe zusammengefasst: Wir sollen Gott von ganzem Herzen lieben und unseren Nächsten wie uns selbst. Von diesem Doppelgebot der Liebe aus, versteht sich christliche Ethik. Die folgenden Prinzipien konkretisieren, wie das Doppelgebot der Liebe in gesellschaftlichen Situationen gelebt werden kann.

### **b) Option für die Armen**

Ob Nächstenliebe praktiziert wird, sieht man am Umgang mit den Ärmsten und Schwächsten. Die Option für die Armen besagt: Jede Handlung ist daran zu überprüfen, ob sie den Ärmsten nützt. Sie ist damit das Leitkriterium, um politische und gesellschaftliche Entscheidungen zu bewerten. Die Evangelische Jugend ist dabei Anwältin besonders für Kinder und Jugendliche – oft die Schwächsten der Schwachen.

### **c) Gerechtigkeit**

Wir verstehen hier unter Gerechtigkeit insbesondere soziale Gerechtigkeit. Sie besagt: Angesichts unterschiedlicher Ausgangsbedingungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Weltgesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen. Die Frage der Gerechtigkeit umfasst auch die Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Die Kriterien lassen sich noch konkreter fassen:

- Unbedingte Einhaltung der Menschenrechte
- Echte politische Beteiligungsrechte
- Zugang zu Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Menschenwürdiges Leben
- Effektive Mitarbeit am Gemeinwohl
- Faires Bildungssystem, das niemanden benachteiligt
- Freier und unzensurierter Zugang zu Informationen

### **d) Solidarität und Subsidiarität<sup>15</sup>**

In einer gerechten Gesellschaft ergänzen sich die beiden Prinzipien. Solidarität (Zusammengehörigkeit) sieht jede Person als einen Gemeinschaftsmenschen, der sich für die anderen und die Gemeinschaft einsetzen soll. Das Prinzip der Subsidiarität dagegen betont: Was aus Eigeninitiative geschehen kann, soll auch aus Eigeninitiative geschehen. Dabei geht es um die Einmaligkeit der Person oder einer einzelnen Gruppe, die bewahrt werden muss.

Solidarität: Wenn Menschen entdecken, dass sie trotz Unterschiede ein „wir“ bilden, entsteht solidarisches Handeln. Reiche sehen ein, dass sie von ihrem Reichtum abgeben müssen. Der Eigenvorteil ist nicht mehr das vorherrschende Prinzip. Heute brauchen wir eine globale Solidarität, die versteht, dass wir alle Menschen sind, die dasselbe Recht auf Leben haben. Die Gaben der Schöpfung sind für alle bestimmt.

Subsidiarität: Dieses Prinzip verhindert die Gleichmacherei. Staaten und die internationale Gemeinschaft sollen einzelne Gemeinschaften und Kulturen unterstützen, sie mit dieser Hilfe aber nicht entmündigen. Die Unterstützung der Eigeninitiative steht an erster Stelle.

Solidarität wird heute in der Gesellschaft zunehmend weniger gelebt; wir erkennen, dass der Subsidiaritätsbegriff im Zuge der europäischen Integration eine Umdeutung erfährt.

### **e) Nachhaltigkeit**

Eine Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn sie sowohl sozial als auch ökologisch und wirtschaftlich verträglich ist. Nachhaltigkeit ist Solidarität über die jetzt lebende Generation hinaus. Wir verstehen die Menschen dabei als Mitgeschöpfe in der Schöpfung Gottes. Diese darf nicht zerstört werden, sondern muss wegen ihres Eigenrechts, aber auch zum Wohl der kommenden Generationen erhalten werden. Es darf immer nur soviel verbraucht werden, wie auch wieder nachwachsen oder nachproduziert werden kann.

## f) Demokratie

Demokratie ist die Verwirklichung der Freiheit aller. Wesentliches Instrument, die Freiheit aller zu garantieren, ist das Gesetz. Es schafft Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, die besonders zu schützen, dem demokratischen Staat aufgegeben ist.

Die Freiheit der Menschen und die oben genannten Prinzipien a) bis e) dürfen nicht nur im Privaten Bedeutung haben. Gerade im öffentlichen und auch globalen Raum muss ihnen Geltung verschafft werden. Dazu ist die Frage der Macht zu klären: Wer hat das Recht, Entscheidungen vielleicht auch gegen den Widerstand einzusetzen. Wir sind überzeugt, dass Macht auf demokratischem Weg legitimiert und kontrolliert werden muss. Es ist deshalb notwendig, auch global die Mitbestimmung aller möglich zu machen.

## 2. Urteilen: Die gegenwärtige neoliberale Globalisierung ist ungerecht

Globalisierung ist eine Tatsache. Wir verstehen unter Globalisierung den Prozess des sich verstärkenden Austausches zwischen den Kulturen und Gesellschaften der Welt. Dieser Prozess ist nicht neu. In den vergangenen Jahren hat er sich stark beschleunigt in Form der wirtschaftlichen Globalisierung.

Der Grund dafür sind vor allem die folgenden Faktoren:

- Freier Fluss von Kapital über Ländergrenzen hinweg
- Weniger Zollschränken im Warenaustausch
- Nutzung der Computertechnologie für die Kommunikation, zum Beispiel Internet

Dieser Prozess ist keineswegs neutral. Von ihm profitieren nicht alle Menschen. Das Gegenteil ist der Fall. Wie wir unter „Sehen“ gezeigt haben, vergrößern sich die Unterschiede zwischen den Menschen: Die Reichen werden reicher und die Armen bleiben arm oder werden sogar noch ärmer.

### a) Die Ideologie der neoliberalen Globalisierung

Der Grund dafür ist, dass der Prozess der Globalisierung einer ganz bestimmten Philosophie folgt: dem Projekt *Neoliberalismus*.<sup>16</sup> Die Grundüberzeugung des Neoliberalismus ist, dass der *Markt* das einzige Instrument ist mit dem der Wohlstand möglichst vieler Menschen gesichert werden kann. Der freie Austausch von Gütern, Kapital und Arbeitskraft stellt nach Überzeugung der Neoliberalen sicher, dass diese Ressourcen so effizient wie möglich genutzt werden. Jeder Mensch kann sich mit den eigenen Kompetenzen dem Markt stellen und - je nachdem wie gut sie oder er wirtschaftet - am ständig wachsenden Wohlstand teilhaben. Dieses Glücksversprechen könne aber nicht eingehalten werden, wenn der Markt, insbesondere von staatlichen Akteuren, eingeschränkt wird. Deshalb stellen die Neoliberalen die folgenden Forderungen und haben sie bereits an vielen Stellen durchgesetzt:

- *Deregulierung*: Staatliche Regeln und Gesetze wie zum Beispiel Umweltvorschriften und Arbeitsschutzrechte werden abgeschafft, Steuern gesenkt.
- *Privatisierung*: Der Staat soll keine eigene Wirtschaftstätigkeit entfalten. Wirtschaftsbereiche, die bisher vom Staat abgesichert werden wie zum Beispiel die Versorgung mit Wasser oder Bildung, sollen von der Gewinn orientierten Privatwirtschaft übernommen werden.
- *Liberalisierung*: Alle Schranken für den freien Austausch von Waren (zum Beispiel Zölle) und Kapital sollen aufgelöst werden.

## b) Kurze Geschichte des Neoliberalismus

Nach dem 2. Weltkrieg galt weltweit die Hoffnung als gescheitert, dass durch eine „liberale“ Wirtschaftspolitik, wie vom englischen Nationalökonom Adam Smith vorgeschlagen, der Wohlstand aller Völker gemehrt werden könne. Das Credo von Smith: Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Glaube an eine „unsichtbare Hand“, die auf allen Märkten (Waren-, Finanz-, Arbeitsmärkten ...) Gerechtigkeit und ein Maximum an Wohlstand für alle gewährleisten werde.

Kanzler Brüning hatte noch 1932 auf dieses „Konzept“ gesetzt und nicht nur auf staatliche Eingriffe verzichtet, sondern eine vermeintlich marktverzerrende Politik zurückgefahren: Die Beamtengehälter und die Sozialausgaben wurden gekürzt. Doch das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage stellte sich nicht ein, die Arbeitslosigkeit wuchs. Von der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Nachfolger Brünings (die Regierungen von Papen und Schleicher kurbelten die Wirtschaft durch Zuschüsse bei Neueinstellungen und Vergabe von öffentlichen Aufträgen an) profitierte das demokratische System jedoch nicht mehr.

Ende Juli 1944 trafen sich in Bretton Woods Delegierte aus 44 Nationen, um über eine stabile Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln. Unter der Leitung des britischen Ökonomen John Maynard Keynes erkannten sie die unkontrollierten Kapitalströme als eine der zentralen Ursachen der vorangegangenen Weltwirtschaftskrise. Nicht Rückzug des Staates und „Freiheit“ der Kapitalmärkte, sondern staatliche Kontrolle und Regulierung des Kapitalverkehrs und die Fixierung der Wechselkurse im Verhältnis zum Dollar waren nun die Grundlagen eines 25 Jahre bestehenden stabilen Währungssystems, welches einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichte.

Aus Keynes umfassender Theorie seien zwei Punkte herausgegriffen:

„In the long run we are all dead“ – war eine der zentralen Einsichten, die Keynes gegen die liberale Wirtschaftskonzeption von Adam Smith vorbrachte: Es nützt nichts, wenn irgendwann aufgrund einer Laisser-faire-Politik Vollbeschäftigung eintritt (oder eintreten würde), wenn die Zeiträume bis dahin sozial unverträglich und viel zu lange sind. Sein Konzept: Ein starker Staat soll in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs mit seinem großen staatlichen Sektor (Infrastrukturpolitik als Daseinsvorsorge inklusive den Bereichen Post, Bahn, Energie, Wasser, Bildung ...) gegensteuern, soll in schlechten Zeiten investieren, um so Konsum und Investitionen anzukurbeln. Ein weiterer wichtiger Punkt von Keynes: Man sollte alles internationalisieren mit einer Ausnahme: dem Geld. Wenn Geld nicht nur Zahlungsmittel ist, sondern auch Spekulationsobjekt, das sich aus sich selbst heraus vermehren kann, dann verfehlt es seinen ursprünglichen Zweck der Vereinfachung des Tausches und der Ermöglichung von kreditfinanzierten Investitionen. Spekulationsblasen können die Stabilität der Geldmärkte gefährden. Daher beschloss man in Bretton Woods, die Wechselkurse aller beteiligten Währungen in einem festen Verhältnis zum US-Dollar zu fixieren.

Man folgte Keynes neuer wirtschaftspolitischer Konzeption in allen Ländern der westlichen

Welt, allerdings nur halbherzig.

Die gemeinsame Geldpolitik zerbrach Anfang der 70er Jahre, als die USA die Notenpresse ankurbelten, um die Kosten des Vietnamkriegs auszugleichen, und nicht mehr bereit waren, ihre Geldpolitik in den Dienst einer internationalen stabilen Weltordnung zu stellen.

Seitdem sind die börsentäglichen Transaktionen von damals 20 bis 30 Milliarden US-Dollar auf heute 2 Billionen angestiegen. Und nur noch etwa 2%<sup>17</sup> sind durch den Handel mit Waren oder Dienstleistungen gedeckt. Der Rest ist –mehr oder weniger– eine gigantische Lotterie. Mit enormen Gewinnen. Und noch größeren Verlusten.

Als Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit Mitte der 70er Jahre, setzte die Politik statt einer Weiterentwicklung von Keynes „nachfrageorientierter“ Politik auf einen Systemwechsel: Eine „angebotsorientierte“ Politik, die glaubt, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage selbst schafft und sich daher darauf verlegt, die Bedingungen für die Unternehmen zu „verbessern“.

1979 gewinnt Margaret Thatcher die Wahlen in Großbritannien und trägt ihren Ministern auf, ihre Ressorts nach dem privatwirtschaftlichen Vorbild zu leiten. Sie hatten Einsparungsmöglichkeiten auszuleuchten und Controlling-Instrumente einzuführen. Sie mussten sich der Instrumente privater Unternehmen bedienen und über ihre Erfolge berichten. Es wurde Aufgabenkritik sowie „mehr und besseres Management“ eingeführt. Den Staatsdienern wurden ökonomisches Wissen und Können sowie volkswirtschaftliche Kenntnisse beigebracht. Es wurde privatisiert und verkauft.

In der Bundesrepublik folgte man der „neuen“ Linie seit der Liberalisierung des Medienmarktes, also der Zulassung von Privatsendern, Mitte der 80er Jahre. Die Privatisierung von Bahn und Post folgten. Deregulierungsforderungen, etwa zum Ladenschluss, zur Sonntagsarbeit und zu vielen anderen sozialen, ökologischen und baulichen Vorschriften gelten in deren Folge als „modern“, als neues wesentliches Grundmuster, als Paradigma entlang dem – parteiübergreifend – auf alle Fragen unserer Zeit reagiert wird.

### c) Die Fehler des Projekts Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist das falsche Modell für die Entwicklung der Menschheit, er ist das falsche Modell für eine gerechte Globalisierung: Das neoliberale Modell folgt völlig einseitig den Interessen derer, die schon Geld haben. Jeder Wettbewerb lebt von den gleichen Ausgangsbedingungen. Hundertmeterläufer starten alle am selben Punkt. Bei der globalen Wirtschaft sind die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich:

- Mehr Kapital bringt bessere Chancen sich auf dem Markt zu positionieren. Der gewinnträchtige Kapitalmarkt steht logischerweise überhaupt nur denjenigen offen, die ausreichend Kapital besitzen. Menschen ohne Kapital haben keine Chance beim Wettbewerb des Neoliberalismus.
- Bessere Ausbildung bringt bessere Chancen. Eine gut ausgebildete Gesellschaft ist mehr und mehr die Voraussetzung, um konkurrenzfähige Produkte anbieten zu können. Staaten mit mehr als 40 % Analphabeten haben hier keine Chance.
- Besserer Zugang zu Informationen bringt bessere Chancen. Der schnelle Zugang zu Informationen (wie zum Beispiel durch das Internet) lässt jeden Wettbewerb gewinnen. Länder, die nicht einmal ein funktionierendes Telefonsystem haben, sind hier klar im Nachteil.

Dabei ist auch das Menschenbild des Neoliberalismus sehr problematisch. Menschen werden als reine Einzelwesen gesehen, die in jeder Situation nur auf den eigenen Vorteil und die

Befriedigung der eigenen Bedürfnisse bedacht sind. Kooperationen werden nur dann eingegangen, wenn sie dem Einzelnen nützen.

Der Neoliberalismus ist ein Konzept von Gewinnern für Gewinner. Das Schicksal derjenigen, die es nicht so gut getroffen haben, wird einfach ausgeblendet. The winner takes it all. Verlierer passen einfach nicht ins Bild.

### **3. Christsein und Globalisierung**

Das Projekt der neoliberalen Globalisierung fordert uns nicht nur heraus, weil wir als Christinnen und Christen nach unseren ethischen Grundsätzen handeln. Wir sind auch in unserer Beziehung zu Gott selbst herausgefordert. Das neoliberale Projekt kann zu einer Ersatzreligion werden, nämlich dann, wenn vom Markt die Lösung aller Probleme erwartet wird. Wer den Markt und den materiellen Besitz über alles stellt, für den kann Gott nicht mehr an erster Stelle stehen. Das erste Gebot ist gebrochen: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“<sup>18</sup> Deswegen hat auch der Lutherische Weltbund auf seiner Vollversammlung in Winnipeg 2003 festgestellt: „Hier handelt es sich um Götzendienst“<sup>19</sup>

In unserem Glauben an Jesus Christus gehören wir zu einer weltweiten Gemeinschaft. Dies zeigt sich besonders am Abendmahl, das Christinnen und Christen überall feiern. Paulus stellt diese Verbindung im 1. Korintherbrief als einen gemeinsamen Leib dar, dessen Kopf Christus ist. Deswegen ist es für uns als Christinnen und Christen nicht zu ertragen, wenn andere ausgebeutet werden. Denn: „Und wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“<sup>20</sup>

## **C) Handeln: Fünf Aufgaben für eine andere Globalisierung**

### **1. Vision für eine andere Globalisierung**

Wir treten für eine Welt ein, in der die Wirtschaft allen Menschen nützt: Wirtschaften als nachhaltige Entwicklung für das Leben. Macht muss dort sein, wo sie hingehört: in die Hände aller Menschen. Wirtschaft und Staat müssen von der Zivilgesellschaft kontrolliert werden. Den Staaten kommt die wichtige Aufgabe zu, zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft und den individuellen Notlagen der Menschen auszugleichen. Dies muss jetzt auch auf globaler Ebene geschehen.

Diese andere Globalisierung stellt den Menschen in den Vordergrund. Wir zeigen fünf Wege auf, wie wir dieser Vision näher kommen können.

### **2. Die Grundrechte erweitern**

„Armut rührt eher von einem Mangel an Macht als von einem Mangel an Geld. Mehr Rechte für die Armen ist die Voraussetzung für die Beseitigung der Armut.“<sup>21</sup>

Beim Projekt der neoliberalen Globalisierung geht es auch darum, Menschen weniger Rechte auf grundlegende Güter zuzugestehen: Alle Güter sollen über den Markt verteilt werden. Darauf zielen die Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation. Wasserversorgung, Patente auf Saatgut und Bildung sollen frei handelbar werden.

Demgegenüber sind die schon längst beschlossenen Menschenrechte zu betonen.

So heißt es im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität

oder Verwitmung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände."

Im Artikel 13 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 heißt es zum Recht auf Bildung, dass „der Grundschulunterricht für jedermann Pflicht und allen unentgeltlich zugänglich sein muss; (...) der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss."

Daraus folgt aus unserer Sicht, dass es grundlegende öffentliche Güter gibt, zu denen alle Menschen freien Zugang haben müssen. Dies betrifft in erster Linie den freien Zugang zu Wasser. Unsere Arbeit für eine gerechte Globalisierung muss vor allem Menschenrechtsarbeit sein.

### 3. Ein internationales Finanzsystem schaffen, das allen nützt

Das Internationale Finanzsystem wird von den reichen Staaten der Erde dominiert. Diese setzen ihre Interessen auf Kosten der armen Länder durch. Die Institutionen und die Art des Handelns muss radikal reformiert werden.

- Die **Schulden** der ärmsten Länder der Welt müssen erlassen werden. Das ist die unbedingte Voraussetzung für einen Neuanfang in staatlicher und wirtschaftlicher Selbstständigkeit.
- Es muss ein international gültiges, transparentes **Insolvenzverfahren für Staaten** eingeführt werden.
- Die internationalen Finanzinstrumente haben sich weitgehend vom Warenaustausch abgekoppelt. Etwa 98 % der Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten sind reine Spekulationsgeschäfte, die in keiner Verbindung zu einer realen Ware stehen. Dies führt sehr leicht zu Währungsturbulenzen, die Arbeitsplätze und die Sozialversorgung von Menschen zerstören. Dies kann bis zum Zusammenbruch von ganzen Volkswirtschaften führen (zum Beispiel Südostasien, Argentinien, Russland). Deswegen muss das „heiße“ Geld abgekühlt werden. Es braucht **eine Steuer auf Währungsspekulationen** (zum Beispiel die sogenannte Tobin Steuer).
- Es müssen **Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter** eingeführt werden. Das würde bedeuten, dass bei der Benutzung und damit einhergehender Verschmutzung des Luftraums oder der Weltmeere Gebühren bezahlt werden müssen. Dies könnte zur Finanzierung von globalen Gemeinschaftsaufgaben beitragen.
- Die **internationalen Finanzorganisationen** wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank müssen entweder nach demokratischen Gesichtspunkten radikal reformiert oder ganz ersetzt werden.
- Weltweit gibt es etwa 60 **Off-Shore-Zentren** (Steuerparadiese), wie etwa Liechtenstein oder Luxemburg. Alle wichtigen deutschen Banken unterhalten dort Zweigstellen. In den Off-Shore-Zentren werden bankenaufsichtsrechtliche Standards nicht eingehalten: Für Privatpersonen, Unternehmen oder Banken sind Geschäftspraktiken möglich, die in ihren Heimatländern verboten sind. Allein der deutsche Fiskus verliert – nach vorsichtigen Schätzungen – etwa 30 Milliarden jährlich. Durch Off-Shore-Zentren wird der internationale Steuerwettbewerb verschärft: So werden Staaten gezwungen, ihre Steuern zu senken, damit große Unternehmen im Land bleiben („race to the bottom“). Außerdem kann illegales Geld leichter gewaschen werden. Off-Shore-Zentren sind international zu ächten.
- Mindestens aber sind die Geschäfte von Tochterunternehmen in Off-Shore-Zentren immer in

den Bilanzen der Konzern-Mütter auszuweisen und so der üblichen Aufsicht zu unterstellen. Den Aufsichtsbehörden der Mutterländer muss die Möglichkeit eröffnet werden, den Betrieb von Off-Shore-Töchtern zu untersagen.

#### 4. Den Konzernen Macht nehmen und sie den Menschen geben

Die wirtschaftliche Globalisierung dient am meisten den multinationalen Konzernen und persönlich deren Aktienbesitzern (Shareholders) und Managern. Sie profitieren von der internationalen Arbeitsteilung. So werden die Einzelteile eines Produkts oder auch einer Dienstleistung dort hergestellt, wo die Arbeitskosten am niedrigsten sind oder die Umweltstandards am schlechtesten entwickelt. Die Konzerne versteuern ihre Gewinne in den Ländern, die die niedrigsten Steuern erheben. Es gibt im Augenblick so gut wie keine Mechanismen, wie diese Konzerne kontrolliert werden können – kein Einzelstaat kann diese Aufgabe übernehmen. Im Augenblick sind die Konzerne nur ihren Aktionären verantwortlich. Deswegen muss die Rechenschaftspflicht der Konzerne erweitert werden.

- Es braucht eine internationale Konvention über die Rechenschaftspflicht von Unternehmen. Nicht nur die Aktionäre haben ein Recht auf genaue Informationen, sondern die ganze Weltgesellschaft. Diese Konvention sollte folgende Vorschriften enthalten.<sup>22</sup>
- Berichtspflicht über mögliche Risiken der Maßnahmen des Unternehmens für Arbeitnehmer oder die Umwelt.
- Nicht-Einhaltung von Arbeits- oder Umweltstandards wird geahndet.
- Die Haftpflicht muss nach dem Vorbeuge-, Vorsorge- und Verursacherprinzip gestaltet sein.
- Im Rahmen dieser Konvention braucht es eine internationale Behörde, die Informationen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenfügen kann.
- Es braucht eine Einführung von weltweit gültigen Mindestlohnstandards.
- Die Macht der Staaten gegenüber multinationalen Konzernen muss wieder gestärkt werden. Deswegen muss die Europäische Union eine gemeinsame Sozial- und Beschäftigungspolitik durchsetzen – anders als im Verfassungsentwurf vorgeschlagen. Nur Staaten können Gerechtigkeit herstellen und die Armen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben lassen. Nur sie können auch nachhaltig sowohl die Geschlechtergerechtigkeit (von Frauen und Männern) wie die Generationengerechtigkeit (junge und ältere Menschen bis hin zur noch ungeborenen Generationen) verfolgen.

#### 5. Den Welthandel zu einem fairen Austausch von Gütern machen

Die starken Ungleichgewichte im internationalen Handel müssen ausgeglichen werden. **Fairer statt freier Handel.** Die jetzt armen Länder müssen einen fairen Anteil bekommen. Deswegen braucht es Abkommen über fairen Handel zwischen Ländern des Nordens und des Südens. 1993 profitierten die Europäische Union von 34,7 % des Welthandels, die USA von 15,7 % und der Rest der Welt von 49,6 %. 1999 lief 38 % des Welthandels zugunsten der EU, 17,7 % zugunsten der USA und nur noch 44,3 % blieben für den Rest der Welt.<sup>23</sup>

Dafür muss die **Welthandelsorganisation** (World Trade Organisation WTO) radikal umgebaut werden. Umweltverträge und die sozialen Rechte der Menschen müssen Vorrang vor Handelsrechten haben.

- Die Welthandelsorganisation muss **demokratisch reformiert** werden. Die Verhandlungen müssen öffentlich stattfinden. Die Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen muss

ermöglicht werden. Die echte Mitbestimmung von armen Staaten ist zu sichern.

- Bevor die Mitgliedstaaten der WTO neue Handelsabkommen beschließen, muss zunächst eine Bilanz über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Entscheidungen der letzten Jahre erstellt und öffentlich diskutiert werden.
- **Agrarsubventionen** müssen so gestaltet werden, dass sie kein Handelshemmnis für die Entwicklungsländer darstellen.

## 6. Eine neue Welt träumen

Wir als Evangelische Jugend haben eine Vision: Eine Globalisierung, die allen Menschen nützt. Keiner lebt auf Kosten eines anderen Menschen.

Als Christinnen und Christen stellen wir uns einer Wirtschaft entgegen, die viel zu oft menschenverachtende Ergebnisse bewirkt. Wir bekennen, dass wir als Nutznießer der Globalisierung in einem sehr reichen Land, trotz aller guter Absichten und Visionen, dennoch unvermeidbar mitschuldig sind. Wir stellen uns aber auf die Seite derer, die nicht zu den Gewinnerinnen und Gewinnern gehören. Wir sind solidarisch mit den Kindern und Jugendlichen überall auf der Welt, die zu den Verlierern des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems gehören. Gottes gute Schöpfung ist für alle Menschen da. Deswegen werden wir uns weiterhin folgenden Aufgaben stellen:

Wir erinnern uns an **Gottes Ideen**, wie sie in der Bibel als Leben schaffend und Leben erhaltend beschrieben sind.

Wir sind jetzt schon dabei, in unserer Bildungsarbeit und mit konkreten Projekten und Programmen mit Partnerinnen und Partnern in den Entwicklungsländern Ungerechtigkeiten ein wenig auszugleichen.

Außerdem engagieren wir uns bei:

- Der Kampagne „erlassjahr.de“ für eine faire Entschuldung der Länder der Dritten Welt.
- Der „clean clothes campaign“ gegen Textilsklaverei.
- Der Kampagne gegen Kinderprostitution und gegen Sextourismus (ECPAT).
- Als eine Teilhaberin bei oicocredit (Kleinstkredit-Programm für Arme).
- In Aktionsgruppen, Eine-Welt-/Dritte-Welt-Läden für fairen Handel.
- Wir demonstrieren gegen Ungerechtigkeiten und für eine neue Weltwirtschaftsordnung.
- Wir suchen den kritischen Dialog mit den Betreibern der neoliberalen Globalisierung.
- Wir unterstützen die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen bei uns und weltweit.
- Wir begleiten den europäischen Integrationsprozess kritisch und konstruktiv.
- Wir suchen den Austausch mit Menschen aus anderen Kulturen über Jugendbegegnungen.
- Wir verstärken die Mitarbeit in ökumenischen Organisationen wie dem Ökumenischen Jugendrat in Bayern, den örtlichen, landes- und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen, dem Lutherischen Weltbund und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.
- Wir suchen das Gespräch mit jungen Menschen aus anderen Glaubensstraditionen, wie zum Beispiel dem Islam und dem Judentum.

**Wir leben den Traum einer Welt, in der Wert sich nicht in Geld bemessen lässt. Jeder Mensch ist einzigartig, Geschenk und Geschöpf Gottes.**

Einstimmiger Beschluss der Vollversammlung der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern  
Nürnberg, 21. Februar 2004

## Literatur und Quellen

Friends of the Earth International (FOEI). 2002. Towards binding corporate accountability (<http://www.foei.org/publications/corporates/accountpr.html>).

Heinrich Böll Stiftung. 2002. Das Jo'burg Memo. Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Intergovernmental Panel on Climatic Change. 2001. Climate Change 2001. The Scientific Basis. (<http://www.ipcc.ch/>)

International Labour Office (ILO). 2002. Every child counts. New global estimates on child labour. Geneva.

Merill Lynch/Cap Gemini Ernst&Young. 2001. German Wealth Report.

United Nations Development Programme (UNDP). 2001. Human Development Report 2001. Making Technology Work for Human Development.

World Council of Churches (WCC). 2002. Economic Globalisation: A critical view and an Alternative Vision. Geneva.

Zimmermann, Gunter E. 2001. Art. Armut. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.). Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands.

Bundesregierung. 2001. Lebenslagen in Deutschland: Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

## Fußnoten im Text:

---

<sup>1</sup> Auf die Unterscheidung zwischen Globalisierung, als umfassenden Begriff; Globalität als Bezeichnung für den individuellen Einbezug in den Prozess der Globalisierung und Globalismus als neoliberale Ideologie wird im Folgenden nicht weiter eingegangen.

<sup>2</sup> UNDP 2001:9.

<sup>3</sup> ILO 2002: 6.

<sup>4</sup> UNDP 2001:20.

<sup>5</sup> UNDP 2001:19.

<sup>6</sup> UNDP 2001:19

<sup>7</sup> Zimmermann 2001: 51.

<sup>8</sup> Bundesregierung 2001: XXII.

<sup>9</sup> Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young 2001: 4.

<sup>10</sup> Intergovernmental Panel, 4.

<sup>11</sup> [http://www.munichre.com/default\\_d.asp](http://www.munichre.com/default_d.asp). Pressemeldung vom 29.12.2003

<sup>12</sup> DSW Newsletter 3/99, <http://www.g-o.de/index21.htm>

<sup>13</sup> Folder Brot für die Welt, <http://www.menschen-recht-wasser.de/>

---

<sup>14</sup> Immer zu lesen in Verbindung mit Art. 79 Abs. III GG: „Eine Änderung des Grundgesetzes, durch welche (...) die in den Artikeln 1 und 20 berührten Grundsätze berührt werden ist unzulässig.“)

<sup>15</sup> Vgl. Artikel 14, Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

<sup>16</sup> Zu unterscheiden ist zwischen einem Prozess der Globalisierung durch technologische Entwicklungen, politische Vereinbarungen usw. und dem Projekt der (neoliberalen) Globalisierung als geplantem und beabsichtigtem Übergang von der sozialen in die „freie“ Marktwirtschaft.

<sup>17</sup> Johannes Rau spricht mit Blick auf statistische Unsicherheiten zurückhaltend von 90 % und über 2 Billionen Euro, die täglich aus spekulativen Gründen den Ort wechseln.

<sup>18</sup> (2. Mose 20, 3).

<sup>19</sup> Botschaft der zehnten LWB-Vollversammlung, Winnipeg/Kanada, 21.-31.7.2003, in: epd Dokumentation 34/2003, S. 15.

<sup>20</sup> 1. Korintherbrief 12, 26

<sup>21</sup> Heinrich-Böll-Stiftung, 2002: 22.

<sup>22</sup> Vgl. den detaillierten Vorschlag von Friends of the Earth International 2002.

<sup>23</sup> Vgl. WCC 2002: 13.